



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

57. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. Dezember 2004

Nummer 45

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
21210	17. 11. 2004	Änderung der Satzung des Versorgungswerkes der Apothekerkammer Nordrhein vom 17. November 2004	1138
2135	21. 11. 2004	RdErl. d. Innenministeriums Richtlinien über die Vergabe von Lehrgangsplätzen an der Landesfeuerwehrschule Nordrhein-Westfalen in Münster	1138
2151	19. 11. 2004	RdErl. d. Innenministeriums Richtlinien für die Beschaffung und Verwaltung der landeseigenen Ausstattung gem. § 3 Abs. 3 i. V. m. § 40 Abs. 4 FSHG	1139
2151	22. 11. 2004	RdErl. d. Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie Vorsorgeplanungen für die gesundheitliche Versorgung bei Großschadensereignissen	1139

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Innenministerium	
22. 11. 2005	RdErl. – Orientierungsdaten 2005 – 2008 für die Finanzplanung der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen (Orientierungsdaten 2005)	1139
	Landschaftsverband Rheinland	
26. 11. 2004	Bek. – Bildung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland	1144
	Landschaftsverband Westfalen-Lippe	
22. 11. 2004	Bek. – Bildung der 12. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe	1148

III.

Öffentliche Bekanntmachungen

(Im Internet für Jedermann kostenfrei zugänglich unter: <http://sgv.im.nrw.de>)

Datum	Titel	Seite
	Landschaftsverband Rheinland	
26. 11. 2004	1. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland	1152
	Landschaftsverband Westfalen-Lippe	
20. 11. 2004	1. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe	1152

I.

21210

**Änderung der Satzung
des Versorgungswerkes der Apothekerkammer
Nordrhein
vom 17. November 2004**

Die Kammerversammlung der Apothekerkammer Nordrhein hat in ihrer Sitzung am 17. November 2004 aufgrund des § 6 Abs. 1 Nr. 10 des Heilberufsgesetzes i.d.F. der Bekanntmachung vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 403), geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2002 (GV. NRW. S. 641) – in Verbindung mit § 3 Abs. 1 und 3 Landesversicherungsaufsichtsgesetz vom 20. April 1999 (GV. NRW. S. 154) –, folgende Änderung der Satzung des Versorgungswerkes beschlossen, die durch Erlass vom 22. November 2004 vom Finanzministerium des Landes NRW – Vers 35 – 00 1. (12) IV C 4 – genehmigt wurde:

Artikel I

Die Satzung des Versorgungswerkes der Apothekerkammer Nordrhein vom 9. Juli 2003 (MBl. NRW. 2003 S. 810, SMBl. NRW. 21210), zuletzt geändert durch Beschluss vom 23. Juni 2004 (MBl. NRW. 2004 S. 847, SMBl. NRW. 21210) wird wie folgt geändert:

§ 14 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt ergänzt:

Nach dem Wort „stattgegeben“ werden die Worte „oder wird eine Mitgliedschaft nach § 13 Abs. 2 begründet“ eingefügt.

§ 21 Absatz 3 Nr. 2 Buchstabe a) wird wie folgt ergänzt:

Vor das Wort „Apotheke“ werden die Worte „oder mehrere“ eingefügt, nach dem Wort „Apotheke“ wird folgender Text eingefügt: „(n) (Haupt- und Filialapotheken)“; vor das Wort „letzten“ wird das Wort „jeweils“ eingefügt.

§ 27 Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt ergänzt:

Anstatt der Worte „Innerhalb von 2 Monaten vor Eintritt des Versorgungsfalles kann das Mitglied einen Antrag stellen“ werden die Worte „Für alle Beiträge, die bis zum Ablauf des Jahres 2004 gezahlt wurden, kann das Mitglied innerhalb von 2 Monaten vor Eintritt des Versorgungsfalles einen Antrag stellen“ eingefügt; vor das Wort „Altersrente“ wird das Wort „monatliche“ eingefügt.

§ 27 Absatz 5 Satz 5 wird neu eingefügt:

„Für die ab 1. 1. 2005 gezahlten Beiträge ist eine Abgeltung der monatlichen Rente durch eine einmalige Kapitalzahlung nicht möglich.“

§ 27 Absatz 6 wird neu eingefügt:

„Eine monatliche Kleinstrente, die eins vom Hundert der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 SGB IV nicht übersteigt, kann innerhalb von 2 Monaten nach Eintritt des Versorgungsfalles auf Antrag durch eine einmalige Kapitalzahlung abgefunden werden.“

§ 29 Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt ergänzt:

Vor das Wort „geschieden“ werden die Worte „vor dem 1. 7. 1977“ eingefügt.

§ 29 Absatz 10 Satz 3 wird wie folgt geändert:

Die Worte „des fünffachen Jahresrentenbetrages“ werden durch die Worte „des 59-fachen Monatsrentenbetrages“ ersetzt.

§ 29 Absatz 12 Satz 1 wird wie folgt ergänzt:

Nach den Worten „§ 27 Abs. 5“ werden die Worte „und 6 voll oder anteilig“ eingefügt, nach dem Wort „erlöschen“ werden die Worte „alle daraus resultierenden“ eingefügt.

§ 36 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

Das Wort „Rentenansprüche“ wird durch das Wort „Rentenanwartschaften“ ersetzt, vor das Wort „abgetreten“

werden die Worte „beliehen, noch an Dritte“ eingefügt und nach dem Wort „übertragen“ wird ein Komma eingefügt und die Worte „verpfändet oder veräußert“ eingefügt.

§ 36 Absatz 2 Satz 3 wird neu eingefügt:

„Ansprüche auf regelmäßig wiederkehrende Leistungen aus dem Versorgungswerk können gepfändet werden, soweit sie den für Arbeitseinkommen geltenden unpfändbaren Betrag übersteigen.“

§ 36 Absatz 7 wird neu eingefügt:

„Alle für das Versorgungswerk bestimmten Anzeigen und Erklärungen müssen schriftlich abgegeben werden. Wird dem Versorgungswerk eine Änderung einer Anschrift nicht mitgeteilt, genügt für eine Willenserklärung, die dem Mitglied gegenüber abzugeben ist, die Absendung eines eingeschriebenen Briefes an die letzte dem Versorgungswerk bekannte Anschrift. Die Erklärung wird zu dem Zeitpunkt wirksam, in dem sie dem Mitglied ohne die Anschriftenänderung bei regelmäßiger Beförderung zugegangen sein würde.“

§ 36 Absatz 8 wird neu eingefügt:

„Leistungen können ohne Angabe eines festen Wohnsitzes nicht gewährt werden. Für Zahlungen auf ein ausländisches Konto sind die Gebühren vom Leistungsempfänger zu übernehmen.“

Nach der Leistungstabelle Nr. 4 werden folgende Worte ergänzt: „gilt für bis 31. 12. 2004 gezahlte Beiträge und für Kleinstrenten“.

Artikel II

Die Änderungen der Satzung treten zum 1. Januar 2005 in Kraft.

Genehmigt.

Düsseldorf, den 22. November 2004

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag

Dr. Siegel

Die vorstehende Änderung der Satzung des Versorgungswerkes der Apothekerkammer Nordrhein vom 17. November 2004 wird hiermit ausgefertigt und im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, in der Pharmazeutischen Zeitung und in der Deutschen Apotheker Zeitung bekannt gemacht.

Düsseldorf, den 23. November 2004

Anneliese M e n g e

Präsidentin der Apothekerkammer Nordrhein

– MBl. NRW. 2004 S. 1138

2135

**Richtlinien über die Vergabe
von Lehrgangsplätzen an der Landesfeuerwehr-
schule Nordrhein-Westfalen in Münster**

RdErl. d. Innenministeriums v. 21. 11. 2004
– 74 – 27.19 –

Der Erlass vom 1.7.1985, V B 4 – 4.389 – 4 (MBl. NRW. S. 1005/SMBl. NRW. 2135) wird wie folgt geändert:

1

Ziffer 4 des Erlasses wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

2

Die bisherige Ziffer 5 wird Ziffer 4.

3

Es wird eine neue Ziffer 5 wie folgt eingefügt:

„5

Dieser Erlass tritt mit Ablauf des 31. 12. 2009 außer Kraft.“

– MBl. NRW. 2004 S. 1138

2151

**Richtlinien
für die Beschaffung und Verwaltung
der landeseigenen Ausstattung
gem. § 3 Abs. 3 i.V.m. § 40 Abs. 4 FSHG**

RdErl. d. Innenministeriums v. 19. 11. 2004
– 74-52.07.01 –

Der RdErl. vom 28.12.1999 (SMBL. NRW. 2151) wird wie folgt geändert:

13

In-Kraft-Treten

Die Zahl „2004“ wird ersetzt durch die Zahl „2009“.

– MBl. NRW. 2004 S. 1139

2151

**Vorsorgeplanungen
für die gesundheitliche Versorgung
bei Großschadensereignissen**

RdErl. d. Ministeriums für Gesundheit,
Soziales, Frauen und Familie
v. 22. 11. 2004 – III 8 – 0713.7.4 –

Mein RdErl. v. 12. 2. 2004 – III 8 – 0713.7.4 – (MBl. NRW. S. 501) wird wie folgt geändert:

1

In Nummer 1.3.1.2, 4. Spiegelstrich, werden die Wörter „für die Einsatzleitungen“ gestrichen.

2

In Nummer 1.3.1.2, 5. Spiegelstrich, wird das Wort „niedergelassene“ gestrichen.

– MBl. NRW. 2004 S. 1139

II.

Innenministerium

**Orientierungsdaten 2005 – 2008
für die Finanzplanung der Gemeinden (GV)
des Landes Nordrhein-Westfalen
(Orientierungsdaten 2005)**

RdErl. d. Innenministeriums v. 22. 11. 2004
33 – 46.05.00 – 9051/04 –

Nachfolgend gebe ich gemäß § 24 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 14. 5. 1995 (GV. NRW. S. 516) im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Orientierungsdaten 2005 bis 2008 für die Finanzplanungen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen bekannt. Die Tabelle mit den Orientierungsdaten und Erläuterungen einzelner Daten sind als **Anlage** beigelegt.

Anlage

Bund, Länder und Gemeinden wollen 2005 den Eurostabilitätspakt einhalten. Im Finanzplanungsrat beschlossen sie am 18. November 2005, das gesamtstaatliche Defizit 2005 auf 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen. Zugleich bekräftigten sie den Beschluss vom Juni 2004, das Ausgabenwachstum in den nächsten zwei Jahren auf durchschnittlich ein Prozent zu begrenzen.

Die Orientierungsdaten berücksichtigen die Ergebnisse der Steuerschätzung von November 2004 sowie die Ergebnisse der ersten beiden Quartale 2004 der vierteljährlichen Kassenstatistik des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen.

An den in der Tabelle (vgl. Anlage) enthaltenen Daten können sich die Gemeinden (GV) bei der Erstellung und Fortschreibung der Finanzplanung für die Jahre 2005 bis 2008 entsprechend § 16 Abs. 1 StWG und §§ 75 Abs. 1 und 83 GO ausrichten.

Die Orientierungsdaten sind Durchschnittswerte für den Bereich aller Kommunen des Landes. Sie geben Anhaltspunkte für die individuelle gemeindliche Finanzplanung. Es bleibt Aufgabe jeder einzelnen Gemeinde (GV), anhand dieser Empfehlungen unter Berücksichtigung der örtlichen und strukturellen Besonderheiten die für ihre Finanzplanung zutreffenden bzw. erforderlichen Einzelwerte zu ermitteln und zu bestimmen. Dies gilt auch und besonders für die Schätzung der Gewerbesteuererinnahmen, die je nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort erheblich von der prognostizierten Durchschnittsentwicklung abweichen kann.

Anlage

**Orientierungsdaten 2005 – 2008
für die Finanzplanung der Gemeinden (GV)
des Landes Nordrhein-Westfalen
(Orientierungsdaten 2005)**

<u>Einnahme-/Ausgabeart</u>	<u>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent</u>			
	2005	2006	2007	2008
A. Einnahmen				
1. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ¹⁾	-0,9	6,0	6,0	6,0
2. Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ²⁾	2,2	2,9	2,8	2,9
3. Gewerbesteuer (brutto) ³⁾	3,0	2,0	4,0	4,0
nachrichtlich: Vervielfältigerpunkte insges.	81	75	75	75
davon				
a) allg. Gewerbesteuerumlage	44	38	38	38
b) Zuschlag z. Gewerbesteuerumlage, davon	37	37	37	37
Fonds „Deutsche Einheit“ ⁴⁾	8	8	8	8
Solidarpakt	29	29	29	29
4. Grundsteuer A und B	2,0	2,0	2,0	2,0
5. Übrige Steuern	1,0	1,0	1,0	1,0
6. Zuweisungen des Landes i.R.d. Steuerverbundes ⁵⁾	-11,5	+/-0,0	16,3	4,8
Dar. Schlüsselzuweisungen ⁶⁾	-12,5	+/-0,0	16,3	4,8
7. Umlagegrundlagen	- 3,7	+ 1,8	+ 7,2	+ 4,5
B. Ausgaben				
1. Bereinigte Gesamtausgaben ⁷⁾	X	1,4	1,6	1,8
2. Personalausgaben ⁸⁾	0,5	0,5	1,5	1,5
3. Sächlicher Verw.- u. Betriebsaufwand ⁹⁾	1,5	1,5	1,5	1,5
4. Soziale Leistungen u.ä. ¹⁰⁾	X	2,0	2,0	2,0
5. Investitionsausgaben	1,0	1,0	2,0	4,0

Hinweise:**1**

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für das Jahr 2005 wird auf 4.928 Mio. EUR geschätzt. Die Veränderungsrate in den Orientierungsdaten (- 0,9 %) ist auf der Grundlage einer aktuellen Annahme von rd. 4.952 Mio. EUR für 2004 berechnet.

Die Schätzung für 2005 berücksichtigt die weitere Senkung der Einkommensteuertarife nach dem Steuersenkungsgesetz.

Wie in den vergangenen Jahren ist auch die Kompensationszahlung für die Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ab 1996 **nicht** im Einkommensteueranteil erfasst. Sie wird als Zuweisung an die Gemeinden weitergegeben. Für 2005 sind rd. 480 Mio. EUR vorgesehen, die nach dem aktuellen Einkommensteuerschlüssel verteilt werden. In 2005 werden außerdem die in 2004 geleisteten Zahlungen nach Ist-Ergebnissen abgerechnet.

2

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird 2005 rd. 695 Mio. EUR betragen. Wegen der nach wie vor bestehenden Probleme mit der neu zu ermittelnden Datenbasis wurde im Vermittlungsverfahren im Dezember 2003 beschlossen, die vorgesehene Schlüsselumstellung auf 2006 zu verschieben.

Die Abweichungen zu den Veränderungsdaten des Arbeitskreises Steuerschätzungen ergeben sich aus Rundungsdifferenzen.

3

Die Durchschnittswerte für die Aufkommensentwicklung der Gewerbesteuer im Land sind angesichts der starken Unterschiede in der örtlichen Aufkommensentwicklung eine generalisierende Orientierungshilfe für die Haushaltsplanungen der einzelnen Gemeinde. Nach dem deutlichen Anstieg in 2004 wird im Landesdurchschnitt ein jährliches Wachstum des Gewerbesteueraufkommens von 3 % in 2005 und 2 % in 2006 unterstellt. Die Zuwachsraten des Bruttoaufkommens in den Jahren 2005 und 2006 sind insbesondere auf die Wirkungen der Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen durch das Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuerergesetzes und anderer Gesetze vom 16. Dezember 2003 (Gewerbesteuerreformgesetz – GewStRefG) zurückzuführen.

Die Einnahmeansätze einer einzelnen Gemeinde sind nach den örtlichen Verhältnissen zu bestimmen.

Für die Entwicklung der Gewerbesteuerumlage werden unter Berücksichtigung der Senkung des Vervielfältigers der Gewerbesteuerumlage auf 81 Prozentpunkte ab 2005 und auf 75 Prozentpunkte ab 2006 folgende Veränderungsdaten ermittelt: 6,6 % (2005), - 4,7 % (2006), 3,7 % (2007) und 4,0 % (2008). Der Rückgang in 2006 ergibt sich durch die weitere Senkung des Vervielfältigers der allgemeinen Gewerbesteuerumlage.

4

Die Erhöhungszahl für den Fonds „Deutsche Einheit“ wird jährlich durch Verordnung des Bundes festgesetzt. Ab 2005 werden die Annuitäten des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund übernommen. Gemäß den Regelungen des Solidarpaktfortführungsgesetzes werden die Kommunen an der fortdauernden Belastung der Länder über eine jährlich vom Bund festzusetzende Erhöhungszahl zur Gewerbesteuerumlage beteiligt.

5

Bei den Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes und den darin enthaltenen Schlüsselzuweisungen werden für die Jahre 2006 bis 2008 gleichbleibende Strukturen des NRW-Finanzausgleichs unterstellt.

Das Volumen des Steuerverbundes ist mit einem gleichbleibenden Verbundsatz von 23 v.H. ermittelt worden. Die ausgewiesenen Entwicklungsraten richten sich nach den Ansätzen in den Entwürfen der Nachtragshaushalte für die Jahre 2004 und 2005, des Änderungsgesetzes zum GFG 2004/2005 und den auf der Basis der Steuerschätzung vom November 2004 aktualisierten Schätzungen des Finanzministeriums für die Folgejahre bis 2008.

Für die Jahre 2005 und 2006 wurden die Rückzahlungsverpflichtungen auf Grund der Kreditierungen nach aktuellem Stand (Gesetzentwurf der Landesregierung zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2004 und zum Nachtragshaushaltsgesetz 2005) in folgender Höhe berücksichtigt: 2005 rd. 690 Mio. EUR und 2006 rd. 673 Mio. EUR. Da bislang für das Jahr 2007 keine Rückzahlungsverpflichtung besteht, ergibt sich eine erhebliche Steigerungsrate.

Folgende Vorwegabzüge sind bereits vorgenommen:

- Für die Kommunen global durch das Land erbrachte Leistungen und Tantiemen sind wie bisher abgesetzt.
- Nach bundesrechtlichen Vorschriften beteiligen sich die Kommunen solidarisch an den Landesleistungen für die Deutsche Einheit. Soweit die erhöhte Gewerbesteuerumlage den kommunalen Beitrag über- oder unterschreitet, mindert bzw. erhöht der verbleibende Restbetrag die Verbundmasse. Ab 2005 ist die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten nach dem Solidarpaktfortführungsgesetz berücksichtigt worden. Danach bleiben die Kommunen weiterhin entsprechend ihrer Finanzkraft am Länderfinanzausgleich und an den fortwirkenden Belastungen, die den Ländern im Zusammenhang mit der Neuordnung der Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit verbleiben, beteiligt.

Die ausgewiesenen Entwicklungsraten des Steuerverbundes enthalten ab 2007 keine Abrechnungsbeträge für Steuerverbünde der Vorjahre.

6

Es ist die Entwicklungsrate der originären Schlüsselzuweisungen für 2005 und 2006 auf Grundlage des GFG 2004/05 in der Fassung des Nachtrags und ab 2007 ohne Abrechnungen dargestellt.

7

Bereinigte Gesamtausgaben sind die gesamten Ausgaben (brutto) abzüglich der bewirtschafteten Fremdmittel, der haushaltstechnischen Verrechnungen (Erstattungen, Zinsen für innere Darlehen, kalkulatorische Kosten, Zuführungsbeträge zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) und der besonderen Finanzierungsvorgänge (Fehlbetragsabdeckung, Rücklagenzuführung, Tilgungsausgaben).

Für eine Gesamtbetrachtung auf Landesebene werden darüber hinaus die Zahlungen von gleicher Ebene und die Gewerbesteuerumlage abgesetzt. Hierauf bezieht sich die angegebene Veränderung.

Für den nicht bereinigten Bereich können sich andere Zuwachsraten ergeben. Die Orientierungsdaten für die Entwicklung der Gesamtausgaben, insbesondere der konsumtiven Ausgaben, z.B. bei den Personalausgaben und dem sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand, aber auch bei den sozialen Leistungen, verdeutlichen auch in diesem Jahr den Konsolidierungszwang, dem die kommunale Finanzwirtschaft ausgesetzt bleibt.

Für 2005 wurde im Hinblick auf die Umstellungen in Folge der Neuordnung sozialer Leistungen nach dem SGB II keine Veränderungsrate angegeben (vgl. Erläuterungen zu 10). Die bei der Entwicklung der sozialen Leistungen angegebenen Veränderungen würden rechnerisch zur Folge haben, dass die bereinigten Gesamtausgaben in 2005 um + 2,0 % ansteigen würden.

8

Bei den Personalausgaben muss weiterhin ein restriktiver Kurs eingehalten werden. Inwieweit es in den Jahren 2005 und 2006 zu Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst kommen wird, bleibt abzuwarten.

9

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand ohne Erstattungen, kalkulatorische Kosten und innere Verrechnungen (Hauptgruppen 5/6 ohne die Gruppen 67 und 68).

10

Sozialhilfe nach dem SGB XII, Leistungen für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, Grundsicherung nach dem GSiG, Leistungen an Kriegsopfer und ähnliche Anspruchsberechtigte, Jugendhilfe, sonstige soziale Leistungen, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Im Interesse der nach bundesweiten Vorgaben gleichmäßigen Verbuchung der Zahlungen und Abrechnungen der Leistungen nach dem SGB II wird Bezug genommen auf den Runderlass des Innenministeriums vom 29. September 2004 – 34 – 48.01.37.04 – 2045/04.

Wegen der grundlegenden Reformen im Bereich der sozialen Leistungen mit ihren weitreichenden - auch finanziellen - Konsequenzen wird in den Orientierungsdaten für das Jahr 2005 von einer Angabe abgesehen. Ohne die gesetzlichen Änderungen wäre eine Steigerungsrate von rd. 5 % im Bereich der sozialen Leistungen zu erwarten. Mit den Veränderungsraten ab 2006 werden entlastende Wirkungen der Arbeitsmarktreformen für die Entwicklung der sozialen Leistungen unterstellt.

Mit der Umsetzung des „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ und der damit verbundenen Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sollen die Kommunen ab dem 01.01.2005 bundesweit jährlich um rund 2,5 Mrd. EUR entlastet werden. Diese Entlastungswirkung soll u.a. durch die quotale Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung mit einer Revisionsklausel sichergestellt werden.

Nach den Berechnungen der Bundesregierung (BMWA/BMF) werden die Kommunen in Nordrhein-Westfalen durch den Wegfall der Sozialhilfeausgaben für Erwerbsfähige um rd. 2,24 Mrd. EUR entlastet. Die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Grundsicherung für Arbeitssuchende durch die Kommunen soll demgegenüber zu Mehrbelastungen von rd. 2,5 Mrd. EUR führen. Der Bund hat für das Jahr 2005 seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung auf 29,1 % (= 0,73 Mrd. EUR für die Kommunen in NRW) festgelegt. Die Erstattung erfolgt an die Länder, die diese an die Kommunen weiterleiten. Die Beteiligungsquote des Bundes wird im Jahr 2005 zum 01.03. und zum 01.10. überprüft. Weitere Überprüfungen erfolgen bis zum 01.10.2009 jährlich. Für sonstige Be- und Entlastungen (u.a. Auswirkungen der Wohngeldreform, Eingliederungsleistungen, einmalige Leistungen) kommt die Bundesregierung im Ergebnis zu weiteren Entlastungen in Höhe von 0,2 Mrd. EUR.

Im Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2005 ist die Weitergabe der Einsparungen des Landes beim Wohngeld an die Gemeinden in Höhe von 450 Mio. EUR und die Verrechnung mit der Beteiligung der Kommunen am Entlastungsausgleich Ost in Höhe von 220 Mio. EUR vorgesehen. Der verbleibende Betrag von 230 Mio. EUR wird mit der Zweckbestimmung „pauschalierte Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände in Zusammenhang mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ bei Kapitel 20 030 Titel 883 45 im Landeshaushalt veranschlagt.

Landschaftsverband Rheinland**Bildung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland
v. 26. 11. 2004

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 26. 11. 2004 förmlich festgestellt, dass aufgrund des § 7 b der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen von den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften des Landschaftsverbandes Rheinland nachstehend aufgeführte Personen zu Mitgliedern der 12. Landschaftsversammlung Rheinland gewählt wurden:

Mitgliedskörperschaft				
Lfd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort	Partei-zugehörigkeit	Wählbarkeits-voraussetzung
Kreisfreie Stadt Aachen				
1	Einmahl, Rolf, MdL	Aachen	CDU	Ratsmitglied
2	Schulz, Margret	Aachen	SPD	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Bonn				
3	Fenninger, Georg	Bonn	CDU	Ratsmitglied
4	Heidemann, Gerd	Bonn	SPD	Ratsmitglied
5	Beu, Rolf	Bonn	GRÜNE	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Duisburg				
6	Ibe, Peter	Duisburg	CDU	Ratsmitglied
7	Wörmann, Josef	Duisburg	CDU	Ratsmitglied
8	Bernading, Willy	Duisburg	SPD	Ratsmitglied
9	Pohle, Sylvia	Duisburg	SPD	Ratsmitglied
10	Janicki, Doris	Duisburg	GRÜNE	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Düsseldorf				
11	Große-Brockhoff, Hans-Heinrich	Neuss	CDU	Bediensteter
12	Homann, Elke	Düsseldorf	CDU	Ratsmitglied
13	Schiefer, Ursula	Düsseldorf	CDU	Ratsmitglied
14	Benninghaus, Walburga	Düsseldorf	SPD	Ratsmitglied
15	Hintzsche, Burkhard	Düsseldorf	SPD	Bediensteter
16	Keil, Karl-Josef	Düsseldorf	SPD	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Essen				
17	Diekmann, Klaus	Essen	CDU	Ratsmitglied
18	Eckenbach, Jutta	Essen	CDU	Ratsmitglied
19	Wolff, Helmut	Essen	CDU	Ratsmitglied
20	Soloch, Barbara	Essen	SPD	Ratsmitglied
21	Spieß, Hanns-Jürgen	Essen	SPD	Ratsmitglied
22	Fleiß, Rolf	Essen	GRÜNE	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Köln				
23	Bartsch, Hans-Werner	Köln	CDU	Ratsmitglied
24	Ensmann, Bernhard	Köln	CDU	Ratsmitglied
25	Holländer, Hildburg	Köln	CDU	Ratsmitglied
26	Schoser, Dr. Martin	Köln	CDU	Ratsmitglied
27	Ciesla-Baier, Dietmar	Köln	SPD	Ratsmitglied
28	Schmerbach, Cornelia	Köln	SPD	Ratsmitglied
29	Walter, Karl-Heinz	Köln	SPD	Ratsmitglied
30	Wiesemann, Karin	Köln	SPD	Ratsmitglied
31	Sterck, Ralph	Köln	FDP	Ratsmitglied
32	Detjen, Jörg	Köln	PDS	Ratsmitglied

Mitgliedskörperschaft				
Lfd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort	Partei-zugehörigkeit	Wählbarkeits-voraussetzung
Kreisfreie Stadt Krefeld				
33	Schittges, Winfried, MdL	Krefeld	CDU	Ratsmitglied
34	Nottebohm, Doris	Krefeld	SPD	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Leverkusen				
35	Hupperth, Klaus	Leverkusen	CDU	Ratsmitglied
36	Klose, Dr. Hans	Leverkusen	SPD	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Mönchengladbach				
37	Boss, Frank	Mönchengladbach	CDU	Ratsmitglied
38	Schroeren, Michael	Mönchengladbach	CDU	Ratsmitglied
39	Berten, Monika	Mönchengladbach	SPD	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Mülheim an der Ruhr				
40	Heidrich, Paul	Mühlheim a.d. Ruhr	CDU	Ratsmitglied
41	Künzel, Helga	Mühlheim a.d. Ruhr	SPD	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Oberhausen				
42	Nagels, Hans-Jürgen	Oberhausen	CDU	Ratsmitglied
43	Kösling, Klaus	Oberhausen	SPD	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Remscheid				
44	Jüttner, Therese	Remscheid	CDU	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Solingen				
45	Lipschitz, Julia	Solingen	CDU	Ratsmitglied
46	Daun, Dorothee	Solingen	SPD	Ratsmitglied
Kreisfreie Stadt Wuppertal				
47	Kühme, Karl-Friedrich	Wuppertal	CDU	Ratsmitglied
48	Simon, Bernhard	Wuppertal	CDU	Ratsmitglied
49	Schulz, Ursula	Wuppertal	SPD	Ratsmitglied
50	Bahr, Lorenz	Wuppertal	GRÜNE	Ratsmitglied
Kreis Aachen				
51	Bündgens, Willi	Eschweiler	CDU	Kreistagsmitglied
52	Hilsenbeck, Hans-Josef	Simmerath	CDU	Kreistagsmitglied
53	Weiden-Luffy, Nicole-Susanne	Stolberg-Breinig	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Düren				
54	Natus-Can M.A., Astrid	Langerwehe	CDU	Kreistagsmitglied
55	Schavier, Karl	Inden/Altdorf	CDU	Kreistagsmitglied
56	Bröker, Jens	Düren	SPD	Kreistagsmitglied
Rhein-Erft-Kreis				
57	Stump, Werner	Kerpen	CDU	Bediensteter
58	Tschepe, Heidemarie	Pulheim	CDU	Kreistagsmitglied
59	Latak, Helmut	Wesseling	SPD	Kreistagsmitglied
60	Rolle, Dr. Jürgen	Pulheim	SPD	Kreistagsmitglied
61	Bortlisz-Dickhoff, Johannes	Brühl	GRÜNE	Kreistagsmitglied

Mitgliedskörperschaft				
Lfd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort	Partei-zugehörigkeit	Wählbarkeits-voraussetzung
Kreis Euskirchen				
62	Jülich, Urban-Josef, MdL	Euskirchen-Frauenberg	CDU	Kreistagsmitglied
63	Hergarten, Winfried	Schleiden	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Heinsberg				
64	Schaaf, Edith	Erkelenz	CDU	Kreistagsmitglied
65	Sonntag, Ullrich	Geilenkirchen	CDU	Kreistagsmitglied
66	Derichs, Rolf	Erkelenz	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Kleve				
67	Hohl, Peter	Kevelaer	CDU	Kreistagsmitglied
68	Verweyen, Inge	Kleve	CDU	Kreistagsmitglied
69	Holzhauser, Albert	Rheurdt	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Mettmann				
70	Rohde, Klaus	Langenfeld	CDU	Kreistagsmitglied
71	Tondorf, Bernd	Velbert	CDU	Kreistagsmitglied
72	Haase, Ulrike	Erkrath	SPD	Kreistagsmitglied
73	Schnitzler, Stephan	Velbert	SPD	Kreistagsmitglied
74	Heimes, Barbara	Ratingen	GRÜNE	Kreistagsmitglied
Rhein-Kreis Neuss				
75	Ammermann, Dr. Gert	Dormagen	CDU	Kreistagsmitglied
76	Patt, Dieter	Neuss	CDU	Bediensteter
77	Ophelders, Heinz-Peter	Grevenbroich	SPD	Kreistagsmitglied
78	Kresse, Martin	Korschenbroich	GRÜNE	Kreistagsmitglied
Oberbergischer Kreis				
79	Frielingsdorf, Konrad	Gummersbach	CDU	Kreistagsmitglied
80	Stricker, Günter	Morsbach	CDU	Kreistagsmitglied
81	Mahler, Ursula	Radevormwald	SPD	Kreistagsmitglied
Rheinisch-Bergischer Kreis				
82	Dünner, Johannes	Odenthal	CDU	Kreistagsmitglied
83	Loepp, Helga	Wermelskirchen	CDU	Kreistagsmitglied
84	Wilhelm, Dr. Jürgen	Bergisch Gladbach	SPD	Kreistagsmitglied
Rhein-Sieg-Kreis				
85	Herbrecht, Wilhelm	Bad Honnef	CDU	Kreistagsmitglied
86	Hurnik, Ivo	Troisdorf	CDU	Kreistagsmitglied
87	Kühn, Fritjof	Siegburg	CDU	Bediensteter
88	Solf, Michael, MdL	Siegburg	CDU	Kreistagsmitglied
89	Müller, Peter-Ralf	Hennef	SPD	Kreistagsmitglied
90	Recki, Gerda	Troisdorf	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Viersen				
91	Meies, Fritz	Viersen	CDU	Kreistagsmitglied
92	Peters, Prof. Dr. Leo	Nettetal	CDU	Bediensteter
93	Joebgies, Heinz-Peter	Willich	SPD	Kreistagsmitglied

Mitgliedskörperschaft				
Lfd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort	Partei-zugehörigkeit	Wählbarkeits-voraussetzung
Kreis Wesel				
94	Henrichs, Heinrich	Wesel	CDU	Kreistagsmitglied
95	Nabbefeld, Michael	Wesel	CDU	Kreistagsmitglied
96	Serafim, Eugen	Moers	CDU	Kreistagsmitglied
97	Röttters, Hans-Gerhard	Moers	SPD	Bediensteter
98	Weber, Ulrich	Neukirchen-Vluyn	SPD	Kreistagsmitglied

In Ergänzung zu diesen Wahlen hat der Landschaftsausschuss gemäß § 7b Abs. 4 Landschaftsverbandsordnung zum Verhältnisausgleich festgestellt, dass die nachstehend aufgeführten Personen aus den zugelassenen Reservelisten in die 12. Landschaftsversammlung zu berufen sind:

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort	Wählbarkeitsvoraussetzung
a) aus der Reserveliste Bündnis 90/DIE GRÜNEN			
99	Asch, Andrea Ursula	Köln	Reserveliste Stadt Köln
100	Beck, Corinna	Düren	Reserveliste Kreis Düren
101	Herlitzius, Bettina	Herzogenrath	Bedienstete Kreis Aachen
102	Peil, Stefan	Köln	Reserveliste Stadt Köln
103	Peters, Anna	Goch	Reserveliste Kreis Kleve
104	Ryborsch, Magda	Bergisch Gladbach	Reserveliste Rhein.-Berg. Kreis
b) aus der Reserveliste der FDP			
105	Effertz, Lars Oliver	Kerpen	Reserveliste Rhein-Erft-Kreis
106	Jansen-Winkeln, Dr. Anno	Mönchengladbach	Ratsmitglied
107	Klein, Walter	Pulheim	Reserveliste Rhein-Erft-Kreis
108	Leirich, Dr. Wolfgang	Köln	Reserveliste Stadt Köln
109	Pankatz, Horst	Schleiden	Reserveliste Kreis Euskirchen
110	Paßmann, Bernd	Solingen	Reserveliste Stadt Solingen
111	Runkler, Hans-Otto	Oberhausen	Ratsmitglied
112	Vogel, Ilse	Kaarst	Reserveliste Rhein-Kreis Neuss
c) aus der Reserveliste der PDS			
113	Busche, Roland	Duisburg	Reserveliste Stadt Duisburg

Gemäß Ziffer 7.4 des Runderlasses des Innenministeriums des Landes NRW vom 18. 11. 2003 (MBL. NRW. S. 1522) mache ich diese Feststellungen des Landschaftsausschusses öffentlich bekannt.

Köln, den 26. November 2004

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland

M o l s b e r g e r

Landschaftsverband Westfalen-Lippe**Bildung der 12. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe**

Bek. d. Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
v. 22. 11. 2004

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 19. November 2004 förmlich festgestellt, dass aufgrund des § 7 b der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen von den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe nachstehend aufgeführte Personen zu Mitgliedern der 12. Landschaftsversammlung gewählt wurden:

Mitgliedskörperschaft				
Lfd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort	Partei/ Wählergruppe	Wählbarkeits- voraussetzung
Stadt Bielefeld				
1	Bernecker, Ursula	Bielefeld	CDU	Ratsmitglied
2	Sternbacher, Holm	Bielefeld	SPD	Ratsmitglied
3	Kronshage, Rainer	Bielefeld	Grüne	Stadtangestellter
Stadt Bochum				
4	Päuser, Hermann	Bochum	SPD	Ratsmitglied
5	Manderbach, Jost	Bochum	Grüne	Stadtangestellter
6	Stahl, Erika	Bochum	CDU	Ratsmitglied
7	Dümenil, Angelika	Bochum	CDU	Ratsmitglied
Stadt Bottrop				
8	Trottenburg, Roland	Bottrop	CDU	Ratsmitglied
Stadt Dortmund				
9	Sohn, Friedhelm	Dortmund	SPD	Ratsmitglied
10	Weyer, Renate	Dortmund	SPD	Ratsmitglied
11	Pogadl, Siegfried	Dortmund	SPD	Kommunalbeamter
12	Monegel, Ulrich	Dortmund	CDU	Ratsmitglied
13	Fehlemann, Klaus	Dortmund	CDU	Kommunalbeamter
14	Dr. Reinbold, Thomas	Dortmund	Bürgerliste	Ratsmitglied
Stadt Gelsenkirchen				
15	Gebhard, Dieter	Gelsenkirchen	SPD	Ratsmitglied
16	Dworzak, Lutz	Gelsenkirchen	SPD	Ratsmitglied
17	Petershöfer, Jens	Gelsenkirchen	CDU	Ratsmitglied
Stadt Hagen				
18	Strüwer, Wilhelm	Hagen	CDU	Ratsmitglied
19	Kramps, Brigitte	Hagen	SPD	Ratsmitglied
Stadt Hamm				
20	Burkert, Oskar	Hamm	CDU	Ratsmitglied
21	Bredenbach, Bärbel	Hamm	SPD	Ratsmitglied
Stadt Herne				
22	Worbs, Peter	Herne	SPD	Ratsmitglied
23	Ucka, Gerhard	Herne	CDU	Ratsmitglied
Stadt Münster				
24	Schultheiß, Hartwig	Münster	CDU	Kommunalbeamter
25	Hakenes, Anne	Münster	SPD	Ratsmitglied
26	Bennink, Helga	Münster	Grüne	Ratsmitglied

Mitgliedskörperschaft				
Lfd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort	Partei/ Wählergruppe	Wählbarkeits- voraussetzung
Kreis Borken				
27	Wiesmann, Gerd	Bocholt	CDU	Kommunalbeamter
28	Stilkenbäumer, Wilhelm	Reken	CDU	Kreistagsmitglied
29	Peschkes, Hans-Theo	Bocholt	SPD	Kreistagsmitglied
30	Fischer, Hans-Georg	Ahaus	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Coesfeld				
31	Püning, Konrad	Lüdinghausen	CDU	Kommunalbeamter
32	Lonz, Lambert	Senden	SPD	Kreistagsmitglied
Ennepe-Ruhr-Kreis				
33	Kessel, Dietrich	Witten	SPD	Kreistagsmitglied
34	Baumann, Klaus	Ennepetal	CDU	Kommunalbeamter
35	Weiß, Ursula	Witten	Grüne	Kreistagsmitglied
Kreis Gütersloh				
36	Kaup, Ludger	Gütersloh	CDU	Kreistagsmitglied
37	Consbruch, Heinrich	Steinhagen	CDU	Kreistagsmitglied
38	Ecks, Ursula	Rietberg	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Herford				
39	Aßbrock, Wolfgang	Enger	CDU	Kreistagsmitglied
40	Curländer, Lieselore	Vlotho	CDU	Kommunalbeamtin
41	Wellmann, Norbert	Hiddenhausen	SPD	Kreistagsmitglied
Hochsauerlandkreis				
42	Belke-Grobe, Rötger	Schmallenberg	CDU	Kreistagsmitglied
43	Diekmann, Wolfgang	Brilon	CDU	Kreistagsmitglied
44	Opdenacker, Klaus	Brilon	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Höxter				
45	Backhaus, Hubertus	Beverungen	CDU	Kommunalbeamter
46	Cramme, Mechthild	Warburg	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Lippe				
47	Dittmar, Karl	Bad Salzuflen	CDU	Kreistagsmitglied
48	Zeich, George	Bad Salzuflen	CDU	Gemeinderatsmitglied
49	Bünemann, Joachim	Detmold	SPD	Kreistagsmitglied
50	Dr. Lehmann, Axel	Detmold	SPD	Kreistagsmitglied
Märkischer Kreis				
51	Steppuhn, Aloys	Hemer	CDU	Kommunalbeamter
52	Hins, Ulrich	Altena	CDU	Kreistagsmitglied
53	Scholz, Uwe	Altena	CDU	Gemeinderatsmitglied
54	Vorländer, Udo	Iserlohn	SPD	Kreistagsmitglied
55	Duffe, Ulrich	Kierspe	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Minden-Lübbecke				
56	Klanke, Friedrich	Stemwede	CDU	Kreistagsmitglied
57	Bigalke, Eberhard	Minden	SPD	Kreistagsmitglied
58	Korte, Kirstin	Minden	CDU	Kreistagsmitglied

Mitgliedskörperschaft				
Lfd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort	Partei/ Wählergruppe	Wählbarkeits- voraussetzung
Kreis Olpe				
59	Geuecke, Josef	Lennestadt	CDU	Kreistagsmitglied
Kreis Paderborn				
60	Troja, Bernhard	Delbrück	CDU	Kreistagsmitglied
61	Pavlicic, Michael	Paderborn	CDU	Gemeinderatsmitglied
62	Lubek, Marlene	Paderborn	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Recklinghausen				
63	Gorski, Uwe	Dorsten	CDU	Kreistagsmitglied
64	Dargel, Karl-Heinz	Marl	CDU	Kreistagsmitglied
65	Seifert, Maria	Gladbeck	CDU	Kreistagsmitglied
66	Korun, Bärbel	Recklinghausen	SPD	Kreistagsmitglied
67	Puschadel, Brigitte	Gladbeck	SPD	Kreistagsmitglied
68	Steininger-Bludau, Eva	Castrop-Rauxel	SPD	Kreistagsmitglied
69	Wagener, Bert	Castrop-Rauxel	Grüne	Kreistagsmitglied
Kreis Siegen-Wittgenstein				
70	Büdenbender, Werner	Netphen	CDU	Kommunalbeamter
71	Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz	Siegen	CDU	Kreistagsmitglied
72	Weskamp, Petra	Wilnsdorf	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Soest				
73	Irrgang, Eva	Wickede	CDU	Kreistagsmitglied
74	Nolte, Dieter	Geseke	CDU	Kreistagsmitglied
75	Kayser, Hans-Joachim	Lippstadt	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Steinfurt				
76	Wagner, Alfred	Neuenkirchen	CDU	Kreistagsmitglied
77	Hörst, Benno	Ochtrup	CDU	Kreistagsmitglied
78	Veldhues, Elisabeth	Rheine	SPD	Kreistagsmitglied
79	Hegerfeld-Reckert, Anneli	Nordwalde	SPD	Kreistagsmitglied
Kreis Unna				
80	Cziehso, Brigitte	Lünen	SPD	Kreistagsmitglied
81	Steffen, Heinz	Unna	SPD	Kreistagsmitglied
82	Jasperneite, Wilhelm	Werne	CDU	Kreistagsmitglied
83	Klempert, Leo	Lünen	CDU	Kreistagsmitglied
Kreis Warendorf				
84	Dr. Kirsch, Wolfgang	Warendorf	CDU	Kommunalbeamter
85	Hörnemann, Josef	Warendorf	CDU	Kreistagsmitglied
86	Prof. Dr. Robert, Rüdiger	Telgte	SPD	Gemeinderatsmitglied

In Ergänzung zu diesen Wahlen hat der Landschaftsausschuss gemäß § 7 b Abs. 4 Landschaftsverbandsordnung zum Verhältnisausgleich festgestellt, dass die nachstehend aufgeführten Personen aus den zugelassenen Reservelisten in die 12. Landschaftsversammlung zu berufen sind:

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort	Wählbarkeitsvoraussetzung
a) aus der Reserveliste CDU			
87	Sellenriek, Heinz-Dieter	Münster	Ratsmitglied Stadt Münster
88	Schnieders-Pförtzsch, Monika	Hamm	Ratsmitglied Stadt Hamm
b) aus der Reserveliste Bündnis 90/Die Grünen			
89	Meyer zum Alten Borgloh, Gertrud	Lüdinghausen	Reserveliste Kreis Coesfeld
90	Entfellner, Heinz	Leopoldshöhe	Reserveliste Kreis Lippe
91	Willcke, Angelika	Schwelm	Kreistagsmitglied Ennepe-Ruhr-Kreis
92	Saatkamp, Peter	Gelsenkirchen	Reserveliste Stadt Gelsenkirchen
93	Pieper, Anneliese	Senden	Kreistagsmitglied Kreis Coesfeld
c) aus der Reserveliste FDP			
94	Schäffler, Frank	Herford	Reserveliste Kreis Herford
95	Dammermann, Christoph	Werne	Reserveliste Kreis Unna
96	Dr. Ballke, Wolfgang	Münster	Kommunalbeamter Kreis Steinfurt
97	Peschel, Artur	Wetter (Ruhr)	Kreistagsmitglied Ennepe-Ruhr-Kreis
98	Dingerdissen, Karl-Heinz	Dortmund	Ratsmitglied Stadt Dortmund
99	Paul, Stephen	Herford	Kreistagsmitglied Kreis Herford
d) aus der Reserveliste PDS			
100	Beyer-Peters, Detlef	Marl	Kreistagsmitglied Kreis Recklinghausen

Gemäß Ziffer 7.4 des Runderlasses des Innenministeriums des Landes NRW vom 18. November 2003 (MBl. NRW. S. 1522) mache ich diese Feststellungen des Landschaftsausschusses öffentlich bekannt.

Münster, den 22. November 2004

S c h ä f e r

Direktor des Landschaftsverbandes
Westfalen-Lippe

III.**Landschaftsverband Rheinland****1. Tagung
der 12. Landschaftsversammlung Rheinland**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland
vom 26. 11. 2004

Die 1. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland findet

am **Freitag, 17. Dezember 2004, 10.00 Uhr**

in **Köln-Deutz, Horion-Haus, Hermann-Pünder-Str. 1
Sitzungsraum: Rhein**

statt.

Tagesordnung

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Feststellung der/des Altersvorsitzenden
3. Wahl der/des Vorsitzenden der 12. Landschaftsversammlung und ihrer/seiner Stellvertreter
- 3.1 Feststellung von zwei Mitgliedern als Beisitzer/Beisitzerinnen
- 3.2 Namensaufruf der Mitglieder der Landschaftsversammlung
- 3.3 Durchführung der Wahl
- 3.4 Feststellung des Wahlergebnisses
- 3.5 Verpflichtung der/des Vorsitzenden
4. Verpflichtung der stellvertretenden Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder der Landschaftsversammlung
5. Bestellung des Schriftführers/der Schriftführerin der 12. Landschaftsversammlung
6. Bildung der Ausschüsse
- 6.1 Bestimmung der Größe der Ausschüsse
- 6.2 Wahl der Mitglieder und Stellvertreter/Stellvertreterinnen
- 6.3 Bestimmung der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden
7. Satzung über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe an die örtlichen Fürsorgestellen im Rheinland für das Jahr 2005
8. Feststellung der Jahresabschlüsse 2003 der Rheinischen Kliniken und der Rheinischen Klinik für Orthopädie Viersen des Landschaftsverbandes Rheinland und Beschluss über die Gewinnverwendung und Verlustbehandlung
9. Feststellung der Jahresabschlüsse 2003 der Rheinischen Heilpädagogischen Heime und Beschluss über die Gewinnverwendung
10. Feststellung der Jahresabschlüsse 2003 der Krankenhauszentralwäschereien und Beschluss über die Gewinnverwendung
11. Fragen und Anfragen

Köln, den 26. November 2004

Der Direktor
des Landschaftsverbandes
Rheinland
M o l s b e r g e r

Landschaftsverband Westfalen-Lippe**1. Tagung der 12. Landschaftsversammlung
Westfalen-Lippe**

Bek. d. Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
v. 20. 11. 2004

Die 1. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe findet

am **Donnerstag, 16. Dezember 2004, 10.00 Uhr**

in **Münster, Landeshaus, Sitzungssaal,**

statt.

Tagesordnung

- 1 Feststellung der Tagesordnung
- 2 Beschlussfassung über die Gültigkeit der Bildung der 12. Landschaftsversammlung und Konstituierung der 12. Landschaftsversammlung
- 3 Feststellung der/des Altersvorsitzenden
- 4 Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers
- 5 Wahl der/des Vorsitzenden der 12. Landschaftsversammlung und ihrer/seiner Stellvertreter/innen
- 6 Einführung und Verpflichtung der/des Vorsitzenden durch die/den Altersvorsitzende(n)
- 7 Einführung und Verpflichtung der stellv. Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder der Landschaftsversammlung durch die/den Vorsitzende(n)
- 8 Änderung der Geschäftsordnung der Landschaftsversammlung, ihrer Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen
- 9 Änderung der Satzung über die Entschädigung der Mitglieder der Landschaftsversammlung und der sachkundigen Bürger in den Ausschüssen sowie über Zuschüsse an die Fraktionen
- 10 Änderung der Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
- 11 Besetzung der Ausschüsse
- 12 Bestimmung der Vorsitzenden der Ausschüsse
- 13 Satzung über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe an örtliche Fürsorgestellen
- 14 Grundstücks- und Gebäudewirtschaft beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe
- 15 Feststellung der Jahresabschlüsse und Jahresberichte 2003 der Kliniken des Maßregelvollzuges des Landschaftsverbandes
- 16 Feststellung der geprüften Jahresabschlüsse 2003 der Westfälischen Kliniken, Zentren und Institute
- 17 Feststellung der Jahresabschlüsse 2003 des Westf. Jugendhilfezentrums Dorsten, des Westf. Heilpäd. Kinderheimes Hamm und des Westf. Jugendheimes Tecklenburg
- 18 Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2005
- 19 Anfragen der Mitglieder der Landschaftsversammlung

Münster, den 22. November 2004

Der Direktor
des Landschaftsverbandes
Westfalen-Lippe
S c h ä f e r

Hinweis für die Bezieher der SMBl. NRW.:

Anlässlich des Neudrucks der SMBl. NRW. erreichen uns Anfragen, wo neue Ordner bezogen werden können.

Der Bagel Verlag wies auf folgende Bezugsmöglichkeit hin:

Fa. Hilgenstock GbR, Postfach 5045, 32729 Detmold

Tel. 0 52 31/6 94 60, Telefax 0 52 31/6 94 94

Preise (verbindlich bis 31.3.2005):

Pro Schnellordner mit 4-Lochtechnik, Rückenschild blau lose beigelegt, 6,25 € + MwSt.

Zusätzliche Portokosten:

1– 2 Ordner	bis 2 kg =	4,10 € Päckchen
3– 7 Ordner	bis 5 kg =	6,70 € Paket
8–15 Ordner	bis 10 kg =	9,70 € Paket
16–25 Ordner	bis 20 kg =	13,00 € Paket

Hinweis:

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen.

Adresse: <http://sgv.im.nrw.de>, dort: kostenloser Service.

Einzelpreis dieser Nummer 4,95 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 57,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 115,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax: (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569